

**Tätigkeitsbericht**  
**des Landessynodalausschusses zur II. Tagung der 24. Landessynode**

Uelzen, den 29. Mai 2008

Der Landessynodalausschuss (LSA) erstattet für den Zeitraum vom Februar bis Mai 2008 folgenden Tätigkeitsbericht:

**I. Rechtsfragen**

1. Entwurf eines Kirchengesetzes zur Änderung der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Durch eine Gesetzesinitiative aus der Mitte der Synode der EKD ist beabsichtigt, das Wahlverfahren zum Rat der EKD zu vereinfachen. Dafür bedarf es einer Änderung der Grundordnung der EKD.

In einem Anhörungsverfahren sind alle Gliedkirchen der EKD um eine Stellungnahme gebeten worden.

Der Präsident des Landeskirchenamtes (LKA) hat berichtet, dass sich das LKA gegen die Änderung des Ratswahlverfahrens ausgesprochen hat. Das derzeitige Verfahren ist zwar komplex und zeitaufwändig, garantiert aber durch den Zwang zur Zwei-Drittel-Mehrheit bei den einzelnen Wahlgängen eine hohe Legitimität und eine Repräsentanz der Breite des kirchlichen Lebens der einzelnen Ratsmitglieder.

Sowohl der Rat der EKD, als auch andere Gliedkirchen der EKD haben gegen die Änderung des Wahlverfahrens votiert.

Der LSA hat die Unterrichtung gemäß Artikel 127 Abs. 1 der Kirchenverfassung zur Kenntnis genommen und sich der Meinung des LKA angeschlossen.

2. Förderung des Zusammenschlusses kleiner Kirchengemeinden

Das LKA hat mitgeteilt, dass in der Rundverfügung G2 vom 29. Januar 2008 ein Beispiel angeführt worden ist, das Interpretationsmöglichkeiten bei der Deckelung des Förderbetrages für den Zusammenschluss kleiner Kirchengemeinden zulässt. Zur Klarstellung hat das LKA berichtet, dass es bei der ursprünglichen Regelung bleibe, wonach die Deckelung um einen halben Förderbetrag nur bei Kooperationen, nicht aber bei echten Zusammenschlüssen kleiner Kirchengemeinden vorgenommen werde.

Der LSA hat sich der Interpretation angeschlossen.

3. Rechtsverordnung (RVO) zur Änderung der Zuweisungsverordnung, Entwurf einer Budgetierungsverordnung und Entwurf einer Verordnung zur Erprobung einer Refinanzierung für Kirchenkreisämter

Das LKA hat den Entwurf zur Änderung der Zuweisungsverordnung vorgelegt und zugleich die Entwürfe einer Verordnung mit Gesetzeskraft zur Erprobung von erweiterten und budgetierten Gesamtzweisungen für Kirchenkreise (Budgetierungsverordnung) und einer Verordnung mit Gesetzeskraft zur Änderung der Verordnung mit Gesetzeskraft zur Erprobung einer Refinanzierung von Personalausgaben und Sachaufwand für Kirchenkreisämter (ReFinKKÄ) beigefügt.

Die Änderungsverordnungen dienen der Anpassung des Zuweisungsrechtes an die Entscheidung zur Aktenstückreihe Nr. 98 ff. der 23. Landessynode. Die Einrichtungen, Körperschaften und andere Zuweisungsempfänger sollen im Rahmen einer Gesamtplanung für die Haushaltsjahre 2006 bis 2010 gewährleisten, dass sie die Kürzungsvorhaben umsetzen. Dazu gehört auch, bei unterplanmäßigen Aufwendungen Vorsorge für absehbare anstehende Kürzungslasten treffen zu können. Die Haushaltsansätze im landeskirchlichen Haushalt haben die differenzierten Kürzungsvorgaben der Landessynode umgesetzt und dabei eine lineare Steigerung des Personalaufwandes für Tariferhöhungen, Sozialabgaben usw. in Höhe von 1,5 % für das Jahr 2007 vorgesehen. Tatsächlich haben sich für den Personalaufwand im Jahr 2007 aber nur lineare Erhöhungen um 0,291 % ergeben.

Für die landeskirchlichen Einrichtungen kann durch eine entsprechende Auslegung der Vorschriften über die Ausgleichsrücklagen gewährleistet werden, dass die Einrichtungen die ersparten Mittel bis zur Höhe der nach Aktenstück Nr. 98 gekürzten Haushaltsansätze zur Umsetzung der Einsparkonzeptionen im Sinne der Entscheidungen zur Aktenstückreihe Nr. 98 ff. zurücklegen können.

Außerdem hat es noch kleinere redaktionelle Änderungen gegeben.

Diese Regelungen gibt es nur noch für das vergangene und ggf. noch für das laufende Haushaltsjahr. Ab dem Haushaltjahr 2009 gilt das von der 23. Landessynode beschlossene Finanzausgleichsgesetz mit einfacheren Bestimmungen.

Der LSA hat den Entwürfen der drei Rechtsvorschriften gemäß Artikel 124 der Kirchenverfassung zugestimmt.

4. RVO zur Änderung der RVO über die Verwaltung von Treuhandkassen (Treuhandkassenvorschrift)

Das LKA hat den Entwurf einer redaktionell überarbeiteten RVO zur Änderung der Treuhandkassenvorschrift vorgelegt.

Hauptgrund für die Änderung ist die Möglichkeit zur Einführung von Abrechnungen der Kollektenfonds in Kirchengemeinden nach dem sogenannten "Treuhandskassen-Modell".

Der LSA hat erfahren, dass Kollektenfonds in Kirchengemeinden bisher nur spärlich zum Einsatz kommen. Die rechtliche Öffnungsklausel in der Treuhandskassenvorschrift schafft für die Verwendung der Kollektenfonds ein hohes Maß an Rechtsklarheit und Rechtssicherheit.

Der LSA hat der RVO gemäß Artikel 124 der Kirchenverfassung zugestimmt.

5. Kirchengesetz zur Änderung der Verfassung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD)

Das LKA hat den LSA über die Verfassungsnovelle der VELKD informiert, in der es um Fragen der Mitgliedschaft bei dem Zusammenschluss einer Gliedkirche mit einer anderen Gliedkirche geht. Diese Thematik betrifft nicht die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers.

Der LSA hat die Unterrichtung gemäß Artikel 127 Abs. 1 der Kirchenverfassung zur Kenntnis genommen.

6. Entwurf eines Disziplinargesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Das LKA hat dem LSA den Entwurf eines Disziplinargesetzes der EKD zur Unterrichtung vorgelegt. Der Gesetzentwurf befindet sich noch im Anhörungsverfahren und soll im Jahr 2009 von der Synode der EKD verabschiedet werden.

Das neue Disziplinargesetz gestaltet das Disziplinarverfahren wie das seit einigen Jahren geltende staatliche Recht nicht mehr nach dem Vorbild des Strafprozesses, sondern des Verwaltungsprozesses. Das neue EKD-Gesetz soll das Nebeneinander der bisherigen Disziplinar Gesetze von EKD und VELKD beenden und ist damit ein Baustein zur weiteren Rechtsvereinheitlichung auf EKD-Ebene.

Der LSA hat die Unterrichtung gemäß Artikel 127 Abs. 1 der Kirchenverfassung zur Kenntnis genommen und sich über den Stand der Gespräche mit dem Pastorenausschuss über die Gesetzesnovelle berichten lassen.

## **II. Finanzfragen**

7. Kostendifferenzierung beim Religionspädagogischen Institut Loccum (RPI)

Der LSA hat sich vom LKA über die Differenzierung der Kosten beim RPI nach dem schul- und religionspädagogischen Bereich unterrichten lassen. Die vorgetragenen Zahlen basieren auf Werten des Jahres 2006. Die Zahlen für das Jahr 2007 sind auf-

grund der Kürzungsvorgaben der Aktenstücke Nr. 98 und Nr. 98 A der 23. Landessynode um 2,5 % gesenkt worden.

Die Gesamtkosten der Einrichtung haben inklusive Personalkosten 1,645 Mio. Euro betragen. Die anteiligen Verwaltungskosten für die kirchliche Verwaltungsstelle in Loccum lagen bei 173 000 Euro. Die Publikation des "Pelikan" hat Kosten in Höhe von 45 729 Euro verursacht. Ein Teil dieser Mittel wird durch Spenden wieder eingeworben. Die Sachkosten der Arbeitsstelle für evangelische Religionspädagogik Ostfriesland (ARO) betragen 42 000 Euro.

Die Kosten für die Kirchenpädagogik und Vikarsausbildung lagen bei 610 000 Euro.

In den Beratungen mit den Gliedkirchen der Konföderation um eine Mitfinanzierung der Arbeit des RPI ist das LKA von einem konföderierten Anteil von 60 % der Dozentenstellen und einer halben Rektorenstelle ausgegangen. Die zähen Verhandlungen mit den Gliedkirchen der Konföderation haben sich über zwei Jahre erstreckt. Die Gliedkirchen beteiligen sich nicht an den Kosten im Rahmen des konföderierten Umlageschlüssels, sondern leisten Beiträge weit unterhalb des erforderlichen Satzes. Als Begründung weisen die konföderierten Kirchen darauf hin, dass sie z.T. eigene Institute und Fortbildungseinrichtungen vorhalten, zu denen sich auch vereinzelt Teilnehmende aus dem Bereich der hannoverschen Landeskirche anmelden.

Das LKA hat betont, dass die dem RPI auferlegten Kürzungsvorgaben bis zum Jahr 2010 gerade noch verkräftbar sind. Darüber hinaus werden keine weiteren Einsparmöglichkeiten mehr gesehen, ohne eine deutliche Einschränkung des Niveaus vorzunehmen. Eine Erhöhung der Teilnehmerbeiträge auf kostendeckende Beträge lässt sich nach Ansicht des LKA nicht durchsetzen, solange die staatlichen Lehrkräfte nicht die gleichen Refinanzierungsmöglichkeiten haben, wie die an den Veranstaltungen des RPI auch teilnehmenden kirchlichen Mitarbeitenden.

Die Fortbildungsangebote im RPI für die staatlichen Lehrkräfte sind ein unverzichtbarer missionarischer Beitrag zur Vermittlung einer religiösen Sozialisation.

Der LSA war enttäuscht über das unsolidarische Verhalten der anderen Gliedkirchen der Konföderation. Er hat darüber hinaus den geringen Eigenanteil der externen Tagungsteilnehmenden von 15 Euro pro Tag problematisiert, der sich an dem kirchlichen Richtwert orientiert und zu bedenken gegeben, ob den Teilnehmenden die angebotene Fortbildung nicht auch mehr Wert sein könnte. Das LKA hat darauf hingewiesen, dass das Land Niedersachsen den Schulen die Fortbildungsmittel budgetiert und die Religionspädagogik schon immer Schwierigkeiten hatte, daran zu partizipieren und dass erhöhte Eigenanteile der Lehrkräfte abschreckende Wirkung zeigen könnte. Außerdem wäre die Einziehung von Eigenanteilen auch mit einem höheren Verwaltungsaufwand verbunden.

Der LSA hat dafür plädiert, die ungerechte Kostenverteilung in der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen erneut zur Sprache zu bringen. Das Thema soll auch mit dem Finanzausschuss der Landessynode im Rahmen der Erörterung des Haushaltsplanentwurfes für die Jahre 2009 und 2010 besprochen werden.

8. Mittelinvestitionen zur Verbesserung der Kinder-, Schüler- und Jugendarbeit

Das LKA hat mitgeteilt, dass die Mittelinvestitionen zur Verbesserung der Kinder-, Schüler- und Jugendarbeit im Rahmen der Aktenstücke Nr. 98 und Nr. 98 A unter Beteiligung des Bildungs- und Jugendausschusses der Landessynode erfolgen. Da die Weiterbildung für die Schulseelsorge zz. stark nachgefragt wird, wird erwogen, weitere 20 000 Euro für diesen Bereich bereitzustellen.

Der LSA hat auf die z.T. kurzen Antragsfristen und den hohen Verwaltungsaufwand für Anträge zur Bezuschussung von Jugendfreizeiten aus den Mittelinvestitionen hingewiesen. Für eine geringe landeskirchliche Förderung von z.T. 150 Euro pro Maßnahme sind umfangreiche Antrags- und Dokumentationspflichten verbunden, die es im staatlichen und kommunalen Bereich in diesem Umfang nicht gibt.

Das LKA hat dafür plädiert, solche Verfahrensfragen im Jugendausschuss zu erörtern. Der LSA hat dem zugestimmt.

Das LKA hat zwischenzeitlich in der Mitteilung G 10 vom 10. April 2008 die Kirchengemeinden, Kirchenkreisvorstände, Kreisjugenddienste u.a. über die Mittelinvestitionen in diesem Bereich informiert.

9. Herabsetzung der Mietwerte für Pfarrdienstwohnungen

Das LKA hatte bereits dem LSA der 23. Landessynode vorgetragen, dass bisher nach Absprache mit der Finanzverwaltung des Landes Niedersachsen die Wohngeldtabellen des Landesamtes für Statistik mit bestimmten Abschlägen bei der Berechnung der Mietwerte für Pfarrdienstwohnungen zugrunde gelegt worden sind.

Der Pastorenausschuss und der Pfarrverein hatten darauf aufmerksam gemacht, dass sich bei einer Betriebsprüfung in Braunschweig neue Perspektiven zur Herabsetzung der Mietwerte ergeben hatten. Es hat daraufhin Gespräche über eine anwaltlich Unterstützung und Überprüfung der infrage kommenden Fälle aus dem Bereich der hannoverschen Landeskirche mit der Anwaltskanzlei gegeben, die erfolgreich die Mietreduzierungen in Braunschweig erreicht hatte. Die Gemeindepfarrer und -pfarrerinnen der hannoverschen Landeskirche sind daraufhin aufgerufen worden, bei ihren jeweiligen Finanzämtern eine Überprüfung rückwirkend bis zum Jahr 2002 zu erreichen und entsprechende Steueränderungsanträge zu stellen.

Das LKA hat zwischenzeitlich berichtet, dass bei den niedersächsischen Finanzbehörden insgesamt 1 086 Steueränderungsanträge für die Jahre 2002 und 2003 eingegangen sind.

In Gesprächen zwischen dem LKA und der Oberfinanzdirektion Hannover ist deutlich geworden, dass auch gegen die Steuerbescheide für die Jahre ab 2004 Änderungsanträge gestellt werden müssen. Außerdem müssen gegen jetzt eingehende Steuerbescheide Einsprüche eingelegt werden. Diese Neuanträge und Einsprüche waren zunächst nicht absehbar und daher nicht im Leistungskatalog der Rechtsanwaltskanzlei enthalten.

Die Finanzierung dieser Honorarkosten ist durch eine Absetzung von Einnahmen aus den Dienstwohnungsvergütungen möglich, sodass keine Haushaltsüberschreitung nötig wird. Diese nicht zustimmungspflichtige Maßnahme ist deshalb dem LSA lediglich angezeigt worden.

Der LSA hat den Bericht zur Kenntnis genommen und sich dafür ausgesprochen, die begonnene Angelegenheit auch zu Ende zu bringen. Die Landeskirche hat durch die steuerliche Herabsetzung der Mietwerte der Pfarrdienstwohnungen zwar keine finanziellen Vorteile, die Steigerung der Zufriedenheit der Pfarrerschaft ist jedoch ein immaterieller Gewinn für die Landeskirche und rechtfertigt die Mehrkosten.

Das LKA wird die infrage kommenden Gemeindepfarrer und -pfarrerinnen informieren.

#### 10. Kloster Amelungsborn

Das LKA hat den LSA über anstehende Sanierungsmaßnahmen an der Klosterkirche Amelungsborn informiert.

Ein tragender Vierungspfeiler der Klosterkirche befindet sich in einem so schlechten Zustand, dass die Kirche aus Sicherheitsgründen gesperrt werden musste.

Die Wiederherstellung des Pfeilers verursacht Kosten in Höhe von 135 000 Euro.

Der LSA hat der entsprechenden Überschreitung der Haushaltsstelle 9222.7600 im Jahr 2008 zugestimmt.

Über die weitere Finanzierung der anstehenden Sanierungsarbeiten am Dach und den Seitenschiffen der Klosterkirche soll im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für die Jahre 2009 und 2010 entschieden werden.

Der LSA hat sich dafür ausgesprochen, die Wiederherstellung des abgenommenen barocken Dachreiters nicht mit landeskirchlichen Mitteln zu unterstützen.

Der LSA hat weiter erfahren, dass die Klosterkirche auch zugleich Gemeindekirche für die rd. 800 Gemeindeglieder der örtlichen Gemeinde ist. Der Kirchenkreis Holzminden sieht sich derzeit nicht in der Lage, sich an den Sanierungskosten

der Kloster- und Gemeindekirche zu beteiligen.

Der Vertreter des LKA hat die derzeitige karge Ausstattung des Klosters als Tagungsstätte angesprochen. In die Tagungsstätte müsste eigentlich baulich und inhaltlich investiert werden. Da keinerlei Rücklagen und Eigenmittel zur Finanzierung dieser wünschenswerten Verbesserungen vorhanden sind und so etwas ausschließlich zu Lasten der Landeskirche gehen würde, sieht der LSA keine Möglichkeit, hieran in absehbarer Zeit etwas zu ändern.

Bei der Gelegenheit hat der LSA zur Kenntnis genommen, dass das LKA beschlossen hat, das Kirchenrechtliche Institut der EKD in Göttingen mit der Prüfung der grundlegenden Rechtsfragen und mögliche Ansprüche der Landeskirche an die Braunschweigstiftung im Zusammenhang mit der Abgabe des Klosters Amelungsborn und den geringen Stiftungserträgen zum Unterhalt des Klosters zu beauftragen. Wegen des Personalwechsels in der Leitung des Instituts war im April d.J. noch nicht absehbar, wann mit der Vorlage des Rechtsgutachtens gerechnet werden kann.

Der LSA hat sich vorgenommen, im November d.J. nach dem Sachstand zu fragen.

#### 11. Jahresabschluss 2007

LSA und Finanzausschuss haben in einer gemeinsamen Sitzung mit dem LKA den Jahresabschluss 2007 beraten.

Der LSA hat auf Empfehlung des Finanzausschusses die folgenden Beschlüsse gefasst:

1. Die anzeigepflichtigen Überschreitungen in Gesamthöhe von 4 366 143,22 Euro sind zur Kenntnis genommen worden.
2. Die Übertragung der zweckgebundenen Ausgabereise mit einem Betrag von 26 689 854,62 Euro sind zur Kenntnis genommen worden.

Weitere Erläuterungen und Einzelheiten gehen aus der Zusammenfassung des Jahresabschlusses 2007 hervor, die allen Tagungsteilnehmenden vom LKA zur II. Tagung der Landessynode zugänglich gemacht wird und mit der Mitteilung G 14 vom 6. Mai 2008 auch an alle Kirchenvorstände verschickt worden ist.

#### 12. Kirche im Bürgerrundfunk

Das LKA hat in einer gemeinsamen Sitzung von Finanzausschuss und LSA das Konzept für eine höhere Präsenz und stufenweise Qualifizierung durch den evangelischen Kirchenfunk Niedersachsen GmbH (ekn) im Bürgerrundfunk und den den neuen digitalen Medien vorgestellt.

Geplant ist, den Bürgerrundfunk zunächst als Projekt für die Dauer von drei Jahren zu konzipieren. Im Haushaltsjahr 2008 soll es für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers beginnen und ab dem Jahr 2009 auf Ebene der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen fortgeführt werden. Eine darüber hinaus anhaltende Fortsetzung ist grundsätzlich möglich. Hierüber soll aber erst nach entsprechender Evaluation entschieden werden.

Zur Umsetzung ist es erforderlich, im Jahr 2008 Mittel in Höhe von 135 000 Euro außerplanmäßig bereitzustellen und für die Jahre 2009 und 2010 durch Verpflichtungsermächtigungen jährlich 135 000 Euro einzuplanen.

LSA und Finanzausschuss wollten wissen, ob zusätzliches Personal für das Projekt eingestellt werden müsse. Das ist nicht erforderlich, weil zwei Mitarbeiter beim Evangelischen Kirchenfunk Niedersachsen (ekn) zur Verfügung stehen, denen sonst hätte gekündigt werden müssen. Durch die Weiterbeschäftigung tritt keine dienstrechtliche Unkündbarkeit ein, jedoch würde sich bei einer eventuell späteren Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Abfindung entsprechend erhöhen.

LSA und Finanzausschuss haben das Projekt begrüßt. Der LSA hat nach Empfehlung des Finanzausschusses beschlossen, einer neuen Haushaltsstelle 4230.6532 - Medien, Projektkosten - und der Dotierung dieser Haushaltsstelle mit 135 000 Euro zur Finanzierung des Projektes "Bürgerrundfunk" im Haushaltsjahr 2008 zuzustimmen.

Die Deckung erfolgt durch Haushaltsmittel, die bei Haushaltsstelle 9811.8600 bereitstehen.

Für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 hat der LSA einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von ebenfalls 135 000 Euro pro Jahr zugestimmt.

### 13. 1000-Jahr-Feier der Grundsteinlegung der St. Michaeliskirche Hildesheim

Im Jahr 2010 jährt sich die Grundsteinlegung der St. Michaeliskirche zu Hildesheim zum 1000. Mal. Die Kirche ist die einzige mit dem Status eines Unesco-Welterbes. Zugleich handelt es sich um den ältesten Sakralbau der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Sie stammt aus der vorkonfessionellen Zeit und steht für die Einheit der christlichen Verkündigung in Europa.

Es ist vorgesehen, dieses Jubiläum vom Frühjahr bis zum November 2010 mit zahlreichen Veranstaltungen und Projekten zu begehen.

Folgendes ist u.a. geplant:

- Der Sakralbau St. Michaelis soll als Erfahrungsraum des Glaubens geöffnet und erlebbar gemacht werden.



- 1000 Jahre St. Michaelis als Geschichte, Auftrag und Verheißung soll vorgestellt und entfaltet werden.
- Der Kirchenraum St. Michaelis soll stellvertretend für alle Kirchenräume als Ort lebensdienlicher Utopien entdeckt werden.
- St. Michaelis soll als Geschenk für die Gesellschaft und die Kirche zugänglich gemacht und wertgeschätzt werden.

Die Kosten für die Durchführung der Veranstaltungen und Projekte werden sich voraussichtlich auf 1,343 Mio. Euro belaufen.

Da es sich bei der Bedeutung des Jubiläums um ein Ereignis handelt, das in die gesamte Landeskirche ausstrahlen wird, ist um eine finanzielle Beteiligung der Landeskirche an den Kosten gebeten worden. Die zu erwartenden Kosten werden u.a. auch durch den Kirchenkreis, die Klosterkammer Hannover, den Sprengel Hildesheim-Göttingen, die Kirchengemeinde, verschiedene Stiftungen und ganz wesentlich durch Einnahmen aus Konzerten, Verkauf von Publikationen pp. mitfinanziert.

Um den für die Durchführung Verantwortlichen Planungssicherheit zu geben, soll für das Haushaltjahr 2009 eine Verpflichtungsermächtigung und eine Ausfallbürgschaft für ausfallende Einnahmen gewährt werden.

LSA und Finanzausschuss haben sich ausführlich mit dem Vorhaben beschäftigt und sich für eine Förderung des Projektes ausgesprochen, haben aber den beantragten landeskirchlichen Zuschussbetrag reduziert. Der LSA hat nach Empfehlung des Finanzausschusses einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2009 bei einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle von bis zu 220 000 Euro und einer Ausfallbürgschaft - für ausfallende Einnahmen und nicht für außerplanmäßige Kostensteigerungen - von bis zu 180 000 Euro zugestimmt. Der LSA hat darum gebeten, ihn über den Fortgang zu informieren.

#### 14. Bündnis gegen die Armut: Teilhabe- und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen

Die Landessynode hat den LSA gebeten, das Thema Armut von Kindern zu begleiten (vgl. Ziffer 2.7 der Beschlussammlung der I. Tagung).

Federführend ist der Diakonie- und Arbeitsweltausschuss; der Bildungsausschuss und der Jugendausschuss arbeiten ihm zu. Der Finanzausschuss ist zu beteiligen.

Das LKA hat das dem LSA der 23. Landessynode vorgestellte und im Aktenstück Nr. 3, Ziffer 9 beschriebene Konzept überarbeitet und mit den beteiligten Ausschüssen erläutert.

Auf Empfehlung des Finanzausschusses hat der LSA zugestimmt, zur Durchführung der Projekte bei der Haushaltsstelle 1120.7411 "Kinder-, Schüler- und Jugendarbeit" und bei der Haushaltsstelle 2990.7550 "Diakonische und soziale Arbeit" zu Lasten der Haushaltsjahre 2009 und 2010 Verpflichtungsermächtigungen von 250 000 Euro je Haushaltsstelle und Haushaltsjahr (mithin insgesamt 1 Mio. Euro) anzubringen. Dadurch wird das LKA in die Lage versetzt, entsprechende Maßnahmen ab dem 1. August 2008 umzusetzen und im Vorgriff auf das kommende Haushaltsjahr zu finanzieren.

Das LKA ist gebeten worden, möglichst viele Projekte zu fördern und grundsätzlich keine Personalstellen zu finanzieren. Honorarzahungen für z.B. Hausaufgabenhilfen oder geringfügige Beschäftigungen sollen in begründeten Ausnahmefällen möglich sein.

Das LKA hat angekündigt, der Landessynode ausführlich zum Thema zu berichten (vgl. Aktenstück Nr. 17).

#### 15. Zweite landeskirchliche Bonifizierungsaktion in den Jahren 2005 bis 2007

Der LSA hat vom LKA eine schriftliche Auswertung der Bonifizierungsaktion erhalten (vgl. Aktenstück Nr. 16).

Der LSA hat sich beeindruckt von der Erfolgsbilanz gezeigt. Die eingesetzten landeskirchlichen Mittel sind mehr als verdoppelt worden.

Alle beteiligten Stellen sind sich darin einig, dass nach einer kurzen Zwischenzeit zur Vorbereitung ein drittes Bonifizierungsprogramm aufgelegt werden soll. Hierüber sollen Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für die Jahre 2009 und 2010 gefasst werden.

Diese dritte Staffel könnte flankiert werden mit einer befristeten Projektstelle, die insbesondere die noch zurückhaltenden Pastoren und Pastorinnen in Kirchengemeinden anspricht.

LSA und Finanzausschuss werden sich im nächsten Jahr mit der Neuauflage der Bonifizierungsaktion befassen.

#### 16. Sondermittel der Landeskirche für besondere Projekte in der Diakonie

Die 23. Landessynode hat im Rahmen der Beschlüsse zu den Aktenstücken Nr. 98 ff. Sondermittel für besondere Projekte in der Diakonie im Umfang von 80 000 Euro bereitgestellt. Das LKA hat darüber die Kirchenkreise mit der Rundverfügung K 3/2006 in Kenntnis gesetzt.

In dieser Rundverfügung wurden auch die Fördervoraussetzungen bekanntgegeben und über die vier Themenbereiche: Kinder, Familie, Pflege und Spiritualität in der Diakonie, auf die sich die Förderung konzentriert, näher beschrieben. Gefördert

werden besondere diakonische Projekte grundsätzlich bis zur Höhe von 20 000 Euro pro Jahr (ohne Bauinvestitionen). Die Projektförderung soll nicht länger als drei Jahre gewährt werden. Die Anträge müssen ein Konzept erhalten, in dem die Ziele und Aufgaben der Maßnahmen sowie der Kosten und der Finanzierungsplan beschrieben sind. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Nachhaltigkeit des Projektes gelegt werden.

Die geförderten Projekte werden auf der Homepage der Landeskirche als "best-practice-Modell" aufgenommen. Die Förderanträge werden in der Abstimmung mit der zuständigen Fachberatung im LKA geprüft.

Die diesem Aktenstück als Anlage beigefügte Übersicht enthält eine nach den Themenbereichen sortierte Zusammenfassung der bewilligten und abgelehnten Anträge. Im Rahmen der Haushaltsplanung für die Haushaltsjahr 2009 und 2010 soll eine Aufstockung der Mittel erfolgen, um die Themen "Armut" und ggf. "Familienzentren" verstärkt fördern zu können.

Der LSA hat sich für eine Aufstockung dieser Mittel in o.g. Haushaltszeitraum ausgesprochen.

Der LSA war überrascht, dass bei den bisher geförderten Projekten nur wenige aus dem Bereich "Spiritualität" und "Stärkung des evangelischen Profils" enthalten waren. Die Projektförderung war bisher in den Kirchengemeinden kaum bekannt.

Das LKA hat zugesagt, diese Bereiche künftig intensiv zu bewerben und darauf auch in einem in Arbeit befindlichen Informationsblatt und einer Internet-Bekanntmachung hinzuweisen.

Der LSA hat das LKA gebeten, ihn künftig regelmäßig über die Entwicklung zu informieren.

#### 17. Evangelische Familienbildungsstätte Hannover

Das LKA hat dem LSA der 23. Landessynode berichtet, dass es gelungen ist, für die evangelische Familienbildungsstätte Hannover einen Trägerverein zu gründen und die Einrichtung aus der Verantwortung der Landeskirche zu entlassen. Es war geplant, den Übergang zum neu gegründeten Trägerverein zum 30. September 2008 zu vollziehen.

Aus Gründen der Haushaltsklarheit und der besseren Abrechnungsmöglichkeiten sowie noch weiterer diverser zu klärender Fragen soll die Übernahme der Trägerschaft auf den 1. Januar 2009 verschoben werden.

Den LSA haben die dargelegten Gründe überzeugt. Er hat sich mit der Terminverschiebung einverstanden erklärt.

### **III. Baufragen**

#### **18. Nachnutzung des Predigerseminars Celle**

Der LSA hat sich vom LKA Einzelheiten der geplanten Maßnahme berichten lassen. In langen Verhandlungen zwischen dem Kirchenkreisvorstand Celle und dem LKA haben sich beide Seiten auf eine Bewertung der Liegenschaft geeinigt. Aufgrund der von den Vertretern des Kirchenkreises betonten besonderen Bedeutung der Einrichtung für die Stadt und des Verbleibs in kirchlicher Trägerschaft ist auf eine alternative Vermarktung verzichtet worden. Beide Seiten sind sich darin einig geworden, dass die Liegenschaft mit allen Gebäuden dem Kirchenkreis übertragen wird. Die Gebäude werden modernisiert und energetisch auf den neuesten Stand gebracht, um darin künftig ein gemeinsames Kirchenamt für die Kirchenkreise Celle, Soltau und Walsrode für rd. 50 Mitarbeitende sowie die Außenstelle des Amtes für Bau- und Kunstpflege und des Rechnungsprüfungsamtes unterzubringen. Ein Teil des Gebäudebestandes wird an die Stadt Celle vermietet (für die in der Nähe befindliche öffentliche Schule) sowie für die Einrichtung einer historischen Bibliothek zusammen mit der Stadt Celle und dem Oberlandesgericht. Die Instandsetzungsarbeiten und die Herrichtung von ausreichenden Parkplatzflächen werden voraussichtlich Kosten von rd. 2,3 Mio. Euro verursachen. Die Landeskirche beteiligt sich hieran mit einem Zuschuss in Höhe von 360 000 Euro. Für die Unterbringung der Außenstelle des Amtes für Bau- und Kunstpflege und des Rechnungsprüfungsamtes gewährt die Landeskirche einen Zuschuss in Höhe von 215 000 Euro und bekommt dafür die Räumlichkeiten zehn Jahre lang mietfrei überlassen. Danach wird ein ortsüblicher Mietzins erhoben. Unter Anrechnung des Wertes der Liegenschaft ergibt sich zusammen mit dem Baukostenzuschuss eine Förderung der Landeskirche für das zu errichtende Kirchenamt, die anteilig derjenigen in den bisher entschiedenen Vergleichsfällen entspricht. Die Bibliothek des Predigerseminars Celle soll im Jahr 2009 komplett nach Luccum verlegt werden.

Der LSA hat sich über den hohen Investitionsbedarf gewundert. Dazu hat das LKA darauf hingewiesen, dass die landeskirchlichen Investitionen der letzten Jahre in die Gebäude des Predigerseminars für substanzerhaltende Maßnahmen geflossen sind und die energetische Situation der Gebäude nunmehr auf den aktuellen Stand gebracht wird. Auch ist der Investitionsbedarf für die Umwandlung von Studentenzimmern in Büroräume erheblich.

Auf die Frage, inwieweit Mittel frei werden durch die Aufgabe der bisher genutzten Kirchenkreisamtsgebäude in Celle, Soltau und Walsrode ist berichtet worden,

dass die Besitzverhältnisse der Kirchenkreisamtsgebäude unterschiedlich sind (z.T. in angemieteten Gebäuden von Kirchengemeinden) und jeweils Nachnutzungsüberlegungen bestehen. Die Landeskirche hat schon bisher die Mietkosten für die Kirchenkreisamtsnutzung mitfinanziert und wird keine Grundstücksverkaufserlöse durch die Aufgabe der Gebäude erzielen.

Der LSA hat festgestellt, dass unter den schwierigen Bedingungen ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt worden ist und eine sinnvolle Nachnutzung der nicht mehr benötigten Gebäude des Predigerseminars Celle möglich wird. Er hat der beantragten Haushaltsüberschreitung der Haushaltsstelle 9520.7400 im Jahr 2008 zugestimmt.

#### **IV. Personalfragen**

##### **19. Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Landessynodalausschusses**

Der Präsident der Landessynode hat an der ersten Sitzung des LSA teilgenommen und die Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des LSA geleitet.

In einer offenen Abstimmung sind Herr v. Nordheim als Vorsitzender und Herr Thiel als stellvertretender Vorsitzender gewählt worden. Beide haben die Wahl angenommen.

##### **20. Auswertung der Stellenpläne der Kirchenkreise**

Das LKA hat berichtet, dass eine erste Durchsicht ergeben hat, dass die von der Landessynode vorgegebenen personalwirtschaftlichen Ziele wohl erreicht werden (die Pfarrstellen werden um 6 % und die Diakonenstellen um 12 % verringert).

Bei den Kirchenmusikern sind kaum Stellen gestrichen worden; stattdessen wurden vorhandene Stellen z.T. über Drittfinanzierungen abgesichert oder sogar ausgeweitet.

Der LSA hat darum gebeten, den Anteil der selbstfinanzierten Stellen zu erheben und darüber zu berichten. In diesem Bereich gibt es ein gewisses Risikopotenzial für die Kirchenkreise, weil Spenden auch kurzfristig ausfallen können.

Der LSA hat das LKA gebeten, der Landessynode Einzelheiten der noch laufenden Auswertung der Stellenpläne mitzuteilen.

##### **21. Stellenplan für die landeskirchliche Verwaltung für die Jahre 2009 und 2010**

Der bisherige Präsident des LKA, Herr Dr. v. Vietinghoff, hat den vom Kirchensenat beschlossenen Entwurf des Stellenplanes für die landeskirchliche Verwaltung für den Zeitraum von 2009 bis 2010 erläutert. Die Einsparvorgaben gemäß der Aktenstücke Nr. 98 und Nr. 98 A für 2009 werden übererfüllt, die für das Jahr 2010 nur knapp er-

reicht.

Das Einsparpotenzial ist ausgeschöpft; die Pensionszahlen gehen in den nächsten Jahren deutlich zurück; Versetzungsmöglichkeiten gibt es kaum.

Rund ein Drittel der Stellen sind seit 1993 in der landeskirchlichen Verwaltung abgebaut worden. Die Einsparvorgabe bis zum Jahr 2020 sieht den weiteren Abbau von 25 bis 30 Stellen vor.

Wichtigstes Ziel bei der Umsetzung der Einsparvorgaben ist es, die Arbeitsfähigkeit der landeskirchlichen Verwaltung zu erhalten und möglichst betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. In den zur landeskirchlichen Verwaltung zählenden kleineren Einheiten wie der Informations- und Pressestelle sowie der Kanzlei der Landesbischofin sind Personalreduzierungen nicht möglich.

Der Stellenabbau im LKA ist in Fortschreibung der Reduzierung der letzten Jahre erfolgt z.B. durch Nutzung von Rationalisierungsmöglichkeiten, neue Informationstechniken, die Zusammenlegung von Büros, der Abschaffung der Referentenebene des gehobenen Dienstes etc.

Eine Ausweitung des Stellenplanes erfolgt lediglich im Bereich der Betreuung der Theologie-Studierenden um eine viertel Stelle.

In der Aussprache ist u.a. erörtert worden, wie die Verwaltung der neu hinzugekommenen kirchlichen Schulen organisiert werden könne. Bisher haben die örtlichen Kirchenkreisämter in Hildesheim und Northeim gegen Auslagerung von Verwaltungs- und Betreuungsaufgaben der beiden kirchlichen Gymnasien in Hildesheim und Dassel übernommen. Es wird angestrebt, eine effiziente kirchliche Schulverwaltung auch weiterhin mit Ortsnähe für die neuen kirchlichen Schulen zu organisieren. Die Überlegungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen. Stellen hierfür sind daher noch nicht im landeskirchlichen Stellenplan berücksichtigt und lassen sich auch nicht aus dem Bestand requirieren. Nach Auffassung des Präsidenten des LKA werden diesbezügliche Stellen über die Schulmittel finanziert werden müssen.

Der LSA hat zur Kenntnis genommen, dass die Möglichkeiten von weiteren Personalreduzierungen in den nächsten Jahren an Grenzen stoßen und es immer weniger Reserven gibt. In den letzten Jahren konnten bei den Haushaltsabschlüssen immer Personalkosten für die landeskirchliche Verwaltung eingespart werden. Dies wird es in den nächsten Jahren kaum noch geben.

Der LSA hat nach dem Status der Referenten des LKA gefragt und erfahren, dass in den letzten Jahren die Hierarchieebene mit Referenten des gehobenen Dienstes in einem langen Prozess über 15 Jahren abgebaut worden ist. Die im LKA beschäftigten akademischen Referenten arbeiten den Dezernenten zu und können sich als Nachwuchs für spätere Führungsaufgaben bewähren. Der Präsident des

LKA hat dafür geworben, das System der Nachwuchsförderung beizubehalten weil u.a. auch die Anforderungen steigen, die Dezernate unterschiedlich groß sind und einige dringend der Unterstützung bedürfen.

Eine weitere Reduzierung der Dezernate des LKA ist für die nächste Zukunft nicht geplant (aufgegeben wurden zuletzt das Dezernat 15 für die erneuerte Gemeinschaft von Frauen und Männern und die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes durch einen Dezernenten).

Über Alternativen zur derzeitigen Kollegstruktur des LKA und über Erfahrungen in anderen Landeskirchenämtern der Gliedkirchen der EKD ist gesprochen worden. Der Präsident des LKA hat sich gegen einen grundsätzlichen Systemwechsel ausgesprochen, weil sich die Struktur des LKA bewährt hat und andere überzeugendere Modelle sich nicht anbieten. Er hält einen kontinuierlichen evaluativen Veränderungsprozess wie schon bisher für den besten Weg.

Der LSA hat festgestellt, dass das Einvernehmen gemäß Artikel 105 Abs. 1 Buchst. d der Kirchenverfassung mit dem vom Kirchensenat aufgestellten Stellenplan für den Haushaltszeitraum 2009 und 2010 hergestellt ist.

## 22. Überlegungen zur Zukunft der Pfarrhäuser und Personalverwaltungsprogramm im LKA

Das LKA hat mit der Mitteilung K 5 vom 29. April 2008 die Kirchenkreise über die vom LKA in Anknüpfung an die Befragung der Pastoren und Pastorinnen und deren Auswertung angestellten Überlegungen zur Zukunft der Pfarrhäuser informiert und darüber auch den LSA in Kenntnis gesetzt.

Die Kirchenkreise sind gebeten worden, bis zum 31. Januar 2009 eine Rückmeldung zu dem beigefügten Fragebogenkatalog zu geben.

In der Loccumer Auswertungstagung zu den Ergebnissen der Pastorinnen- und Pastorenbefragung hatte sich herausgestellt, dass das Wohnen im Pfarrhaus einer der Schwerpunkte in der Diskussion über die Perspektiven des Pfarrberufes bildet.

Das LKA hat den LSA auch darüber in Kenntnis gesetzt, dass das LKA beabsichtige, ein neues elektronisches Personalverwaltungsprogramm anzuschaffen, das einen schnellen Zugriff auf die unterschiedlichen Personaldaten zulässt mit Auswertungsmöglichkeiten für die Stellenplanung und die Personalentwicklung.

Zurzeit werden verschiedene Angebote getestet. Die Sondierungsphase soll bis zu den Sommerferien d.J. abgeschlossen werden. Die Kosten des Testverfahrens sind über den Haushalt des Benutzer-Service-Zentrums Hannover abgedeckt.

Der LSA hat für die Informationen gedankt und das LKA ermuntert, ein leistungsfähiges Personalverwaltungsprogramm für Pastoren und Pastorinnen aufzubauen.

en. Er hat in Aussicht gestellt, einer ggf. erforderlich werdenden Haushaltsüberschreitung bzw. Verpflichtungsermächtigung für die Anschaffung des EDV-Programms zuzustimmen.

## **V. Öffentlichkeitsfragen**

### **23. Öffentlichkeitswirksames Auftreten der Landessynode**

Anlässlich des Rückblicks auf die I. Tagung der 24. Landessynode hat der LSA die Frage der Bedeutung der Landessynode für Kirchengemeinden und Kirchenkreise erörtert. Dabei ist deutlich geworden, dass die Landessynode in den Regionen unterschiedlich wahrgenommen wird und die Vermittlung synodaler Arbeit an der kirchlichen Basis und in der örtlichen Presse verbesserungsbedürftig ist. Das betrifft nach seiner Ansicht auch die gegenwärtige Internetinformationen über die Tagungen der Landessynode (zu finden auf der Homepage der Landeskirche: <http://www.evika.de/synode>).

Der LSA hat den Ausschuss für Öffentlichkeit, Medien und Kultur gebeten, Überlegungen für ein verbessertes öffentlichkeitswirksames Auftreten der Landessynode (inkl. der Erstellung einer Powerpoint-Präsentation über die Arbeit der Landessynode für die Mitglieder und deren Vorstellungen in den Kirchenkreisen und Kirchengemeinden) zu erstellen und ihm spätestens zur November-Tagung 2008 der Landessynode zu berichten.

## **VI. Anträge und Eingaben**

### **24. Gründung einer Schulstiftung**

Der Vorsitzende des KKV Hildesheim hat dem LSA eine Abschrift seines Schreibens an das LKA in dieser Angelegenheit zukommen lassen.

Der LSA hat sich ebenfalls dafür ausgesprochen, dass es zur Koordinierung der Aufgaben für die jetzt insgesamt sechs Schulen in kirchlicher Trägerschaft einer gemeinsamen Klammer bedarf. Die Bezeichnung "Stiftung" hält der LSA jedoch nicht für geeignet. Er plädiert eher für die Einrichtung eines "unselbständigen Bildungswerkes" mit Einbeziehung der jeweils örtlichen Ebene. Der LSA hat das LKA gebeten, ihn über die Entwicklung zu informieren.

## **VII. Sonstiges**

### **25. Schwerpunktthemen der Landessynode**

Der LSA hat dem Präsidenten der Landessynode vorgeschlagen, im Anschluss an die erfolgten Wahlen für den Vorsitz der synodalen Fachausschüsse die Vorsitzenden zu einem Gedankenaustausch über die in der Legislaturperiode zu erreichenden Ziele,



mögliche Schwerpunktthemen und die Vorgehensweise nach Hannover einzuladen. Daraus ergeben sich aus Sicht des LSA insbesondere folgende Prioritäten:

- Stabilisierung kirchlicher Arbeit durch Erhöhung von Einnahmen vor Ort (praktische, theologische, kirchenpolitische und gemeindepädagogische Fragestellungen)
- Schärfung des evangelischen Profils von Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, kirchlichen Einrichtungen: klare missionarische und klare diakonische Ausrichtung
- Kultivierung und geistliche Füllung der evangelischen Dienstgemeinschaft von Ehrenamt und Hauptamt

#### 26. Verteilung von LSA-Aufgaben

Der LSA hat unter sich verabredet, wer die Arbeit der jeweiligen Ausschüsse der Landessynode begleitet. Diese LSA-Mitglieder stehen dem jeweiligen Ausschussvorsitzenden für Rückfragen zur Verfügung. Die Vorsitzenden sind über die Aufteilung informiert worden.

Den LSA-Mitgliedern werden die Einladungen und genehmigten Protokolle der jeweiligen Ausschusssitzungen zugeleitet. Unter dem Tagesordnungspunkt "Berichte aus Ausschüssen" der LSA-Sitzungen informieren dann die LSA-Mitglieder über wichtige Beratungsgegenstände und deren Sachstand.

#### 27. Comramo AG

Im LSA ist berichtet worden, dass es nicht möglich sei, trotz des neuen "Security Client Programms" der Comramo AG eine Freischaltung des Programms "MEWES NT" auf anderen Providern zu erreichen.

Wenn sich das bestätigen sollte, existiert quasi ein Anschlusszwang für Kirchengemeinden und Kirchenkreise bei der Comramo AG.

Der LSA hält diese Problematik für einen vom Kundenrat zu untersuchenden Fall.

Das LKA hat darauf hingewiesen, dass Beschwerden in der Zusammenarbeit mit der Comramo AG möglichst schriftlich dem LKA mitgeteilt werden sollten.

Der LSA hat das LKA gebeten, den Kundenrat möglichst bald (noch vor den Sommerferien d.J.) einzuberufen und gefragt, wann die Abfrage zur Kundenzufriedenheit gestartet wird.

Der LSA hat sein Mitglied Michael Thiel gebeten, im Kundenrat mitzuarbeiten.

In seiner letzten Sitzung vor der Tagung der Landessynode ist dem LSA berichtet worden, dass der Aufsichtsrat der Comramo AG einen sechsköpfigen Kundenrat bestellt hat, in dem neben dem Synodalen Michael Thiel u.a. zwei Pfarramtssekretärinnen vertreten sind. Das Gremium wird sich in den nächsten Wochen konstituieren

und die vom LSA angeregte Kundenabfrage in die Wege leiten und auswerten.  
Das LKA ist bei der organisatorischen Abwicklung behilflich.

28. Behandlung des Aktenstückes Nr. 4

Der LSA hat die Abschnitte des Aktenstückes Nr. 4 unter den LSA-Mitgliedern verteilt und darum gebeten, diese Abschnitte unter der Fragestellung durchzusehen, was synodaler Begleitung und Umsetzung bedarf und welche Kapitel von welchen Ausschüssen gesichtet werden sollten.

Das Ergebnis unterbreitet der LSA der Landessynode mit dem Aktenstück Nr. 4 A und der Empfehlung, dieses an die Ausschüsse weiterzureichen.

29. EKD-Impulspapier "Kirche der Freiheit"

Die Thematik ist allen Ausschüssen der 24. Landessynode überwiesen worden.

Der LSA hat wenig Ansatzpunkte gesehen, um in der Sache weiterzukommen. Er hat deshalb Frau Landesbischöfin Dr. Käßmann gebeten, über den Fortgang der Entwicklung und den Stand der Beratungen im Rat der EKD zu berichten.

Frau Dr. Käßmann hat mitgeteilt, dass die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers den Reformprozess fördern wolle und es Ziel sei, so viel wie möglich gemeinsame Projekte zu gestalten.

Es wird vom 24. bis 26. September 2009 in Kassel ein Nachfolgetreffen von Delegierten aus allen beteiligten Landeskirchen geben, zu dem aus der hannoverschen Landeskirche 150 Personen teilnehmen können.

Die hannoversche Landeskirche könnte vier Schwerpunktthemen und Schlüsselkompetenzen anbieten und zwar aus den Bereichen: Bildung, Gottesdienst und Kirchenmusik (mit dem Kompetenzzentrum Michaeliskloster Hildesheim), Ehrenamt und Fundraising.

In der Zwischenzeit sollten noch verschiedene Fragen geklärt werden, wie z.B. die Definition von Kompetenzzentren, Kriterien für die Auswahl der Delegierten für Kassel, Zielstrukturierungen pp.

Frau Dr. Käßmann hat angeregt, zur Vorbereitung des weiteren Konsultationsprozesses ein Gremium vergleichbar dem Perspektivsausschuss zu bilden, mit Vertretern des Bischofsrates, des Kirchensenates, des LKA und der Landessynode (möglichst nicht mehr als acht Personen; davon vier Mitglieder der Landessynode).

Der LSA hat den Vorschlag zur Bildung eines Ausschusses begrüßt und angeregt, dass die Synodalgruppen während ihrer Vorbereitungstreffen sich damit aus-

einandersetzen und einen Antrag zur Bildung eines entsprechenden Ausschusses in der II. Tagung der Landessynode einbringen.

Der LSA hat dafür plädiert, nicht erst zu warten, bis von der Koordinierungsstelle der EKD Anregungen und Vorschläge für die Weiterarbeit kommen, sondern aktiv die Präsentation der eigenen Stärken vorzubringen und Signale zu setzen.

Nähere Hinweise verspricht sich der LSA auch von dem Bericht von Herrn Oberkirchenrat Dr. Gundlach vom Kirchenamt der EKD über den Stand des Reformprozesses während der II. Tagung der Landessynode.

Bei der Einbringung soll voraussichtlich auf Folgendes näher eingegangen werden:

- (Ziff. 20) Auswertung der Stellenpläne der Kirchenkreise
- (Ziff. 25) Schwerpunktthemen
- (Ziff. 29) "Kirche der Freiheit"
- Konzeptionen für die Realisierung der Grundstandards

v. Nordheim  
Vorsitzender

Anlage

(Zu Ziffer 16) Mittelinvestitionen im diakonischen Bereich

Anlage 1

Diakoniebüro

Hannover, 8. April 2008

**Sondermittel der Landeskirche für besondere Projekte in der Diakonie****Rundverfügung K 3/2006**

Der Landessynodalausschuss hat mit Beschluss vom 5. Oktober 2006 dem Konzept des Landeskirchenamtes zur Vergabe von Sondermitteln der Landeskirche für besondere Projekte in der Diakonie zugestimmt und entsprechende Mittel (80.000 €) hierfür freigegeben.

Mit der o.g. Rundverfügung wurden die Fördervoraussetzungen bekannt gegeben und über die vier Themenbereiche Kinder, Familie, Pflege und Spiritualität in der Diakonie, auf die sich die Förderung konzentriert, näher beschrieben. Gefördert werden besondere diakonische Projekte grundsätzlich bis zur Höhe von 20.000 € pro Jahr, wobei Bauinvestitionen nicht gefördert werden. Die Projektförderung soll nicht länger als drei Jahre gewährt werden. Die Anträge müssen ein Konzept, in dem die Ziele und Aufgaben der Maßnahme beschrieben werden, sowie einen Kosten- und Finanzierungsplan enthalten. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Nachhaltigkeit des Projektes gelegt. Die geförderten Projekte werden auf der Homepage der Landeskirche als „best-practice-Modell“ aufgenommen. Die Förderanträge werden in enger Abstimmung mit der zuständigen Fachberatung vom Landeskirchenamt geprüft.

Die als Anlage beigefügte Übersicht enthält eine nach den Themenbereichen sortierte Zusammenfassung der bewilligten und abgelehnten Anträge.

Insgesamt wurden bisher 30 Anträge auf Förderung gestellt. Hiervon mussten acht abgelehnt werden. 18 Projekte werden gefördert; über vier Projekte wurde noch nicht abschließend entschieden. Für das Jahr 2007 wurden Mittel in Höhe von insgesamt 93.860 € bewilligt oder in Aussicht gestellt. Für das Haushaltsjahr 2008 können bis zum 30.06.08 noch entsprechende Anträge gestellt werden. Aufgrund der teilweise mehrjährigen Dauer sind bereits 76.933 € verplant. 69.207 € stehen aber noch zur Planung für 2008 und die Folgejahre zur Verfügung.

Im Rahmen der Haushaltsplanung für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 ist, wie im Aktenstück Nr. 98 beschrieben, eine Aufstockung der Mittel (320.000 € in 2009 und 400.000 € in 2010) vorgesehen. Bei einer Aufstockung der Mittel könnte eine Erweiterung der Förderbereiche um die Themen „Armut“ und ggf. „Familienzentren“ vorgenommen werden. Insbesondere das Thema „Armut“ sollte durch gezielte Förderung besonderer Projekte in den Blickpunkt geraten. Hierdurch könnte auch das Aktenstück „Armut“ der 23. Landessynode eine weitere Gewichtung erfahren.

gez. Hackfeld/Siegmann

## Sondermittel der Landeskirche für besondere Projekte in der Diakonie (RdVfg. K 3/2006)

Stand: 08.04.2008

|                           | 2007      | 2008      | 2009       | 2010       |
|---------------------------|-----------|-----------|------------|------------|
| Haushaltsansatz:          | 80.000,00 | 80.000,00 | 320.000,00 | 400.000,00 |
| zuzügl. Rest aus Vorjahr: | 80.000,00 | 66.140,00 | 69.207,00  | 333.567,00 |
| abzügl. bereits verplant: | 93.860,00 | 76.933,00 | 55.640,00  | 23.500,00  |
| Restmittel zur Verfügung: | 66.140,00 | 69.207,00 | 333.567,00 | 710.067,00 |

| Nr.                | Antragsteller                        | Kurzbeschreibung des Projektes   | Gesamtkosten                                     | Beantragte Mittel   | Laufzeit      | Bewilligung  |                  |                  |              |
|--------------------|--------------------------------------|--|--|---|---------------|--------------|------------------|------------------|--------------|
|                    |                                      |  |  |   |               | 2007         | 2008             | 2009             | 2010         |
| <b>1. Kinder</b>   |                                      |  |  |   |               |              |                  |                  |              |
| 1.                 | DW im Landkreis Stade e. V.          | "Kinder unserer Stadt" Vernetzte Hausaufgabenhilfe durch Ehrenamtliche, Einzelbetreuung von Migrantenkinder  |  | 24.420,00   |               | 8.140,00     | 8.140,00         | 8.140,00         | 0,00         |
| 2.                 | DW Stadtverb. f. I.M. Hann.          | "Pädagogischer Mittagstisch"   | 72.440,-   | 20.000,-  |               |              |                  |                  |              |
| 3.                 | Ev.-luth. KG Neuenhaus/Uelsen        | Verbesserung d. rel.päd.Arbeit   |  |   |               |              |                  |                  |              |
| 4.                 | Kirchenkreis Rotenburg               | Ringparabel, Gewaltprävention  |  |   |               |              |                  |                  |              |
| 5.                 | Ev. Fabi Osnabrück e. V.             | Kinderkantine im Familientreff   | 57.610,- f. 2,5 J.                               | 44.340,- f. 2,5 J.<br>2007: 7.340,-<br>2008: 18.400,-<br>2009: 18.600,- | unbefristet   | 5.000,00     | 5.000,00         | 5.000,00         | 0,00         |
| 6.                 | Fabi Celle                           | DELFIplus Berufsbegleitende Zertifikatsfortbildung zur päd. Fachkraft in Kitas   | 20.482,00  | 6.482,00  |               |              |                  |                  |              |
| <b>2. Familien</b> |                                      |  |  |   |               |              |                  |                  |              |
| 7.                 | Ev. Familienbildungsstätte Hann.     | "FuN-Familie und Nachbarschaft" kirchenferen Eltern sollen für die Arbeit der Kita und der KGM gewonnen werden, Multiplikatorenschulungen, Aufbau von Ehrenamtlichen | 30.385,-   | 15.193,- f. 2007  | zun. bis 2010 | 10.000,00    | 0,00             | 0,00             | 0,00         |
| 8.                 | Diakonie KK Uelzen gGmbH             | "Mehr Wert" Laden,Café u.mehr; Verkauf, Kommuniaktion, Beschäftigung für Menschen mit geringem Einkommen   | 91.100,- jährl.                                  | 14.000,- einmalig   | lfd.          | 10.000,00    | 0,00             | 0,00             | 0,00         |
| 9.                 | KKV Göttingen Fabi                   | "welcome" Hilfe für Familien mit Neugeborenen, Vernetzung von Diakonie und Kirchengemeinden  | 7.500,- jährl.                                   | 2.000,- jährl.  | lfd.          | 2.000,00     | 2.000,00         | 0,00             | 0,00         |
| 10.                | Ev.-luth. KK Bremervörde-Zeven       | "Ehrenamtl. Schuldnerbegl." "Diakonie und Schule" EA und HA an Schulen   |  | 2.500,- f. 2007<br>dann 4.500,- jährl.                                  | 2007 - 2009   | 2.500,00     | 2.500,00         | 0,00             | 0,00         |
| 11.                | Ev.-luth. KG Meckelfeld-Over-B.      | Aufbau eines Ev. Familienzentrums mit Kita, päd. Begleitung junger Eltern, Säuglingssimulation, Tagesmüttervermittlung, Erziehungsberatung                           | 35.600,- f. 07/08                                | 22.600,- f. 07/08   | 07. Aug       | 12.500,00    | 7.500,00         | 0,00             | 0,00         |
| 12.                | St. Paulus-KG Burgdorf               | "Familienpatenschaften" Gewinnung Ehrenamtlicher   | 11.000,- jährl.                                  | 10.000,- jährl.   | 2007-2009     | 10.000,00    | 10.000,00        | 10.000,00        | 0,00         |
| 13.                | DW Melle                             | "Begleitung im 1. Babyjahr" in Vernetzung mit Hebammen   | 9.752,-  | 9752,- ges.   | lfd.          | 6.000,00     | 3.700,00         | 0,00             | 0,00         |
| 14.                | Ev.-luth. Johannes-KG Lingen         | Stärkung der Zusammenarbeit Kiga/Familie   | 45.000 x 3 J.                                    | 20.000,- / Jahr<br>für 2008 und 2009                                    |               | 0,00         | 0,00             | 0,00             | 0,00         |
| 15.                | Kqm. Bodenfelde                      | (Familienzentrum) "Schüler helfen Schülern"  | 6.483,00 €                                       | 4.083,00 €  | 2007          | 4.360,00     | 0,00             | 0,00             | 0,00         |
| 16.                | Kompass gGmbH Sulingen               | STEEP, Frühinterventionsprogramm   | ?  | 8.000-10.000,-€   | unbefristet   |              |                  |                  |              |
| 17.                | DV Lüneburg (Ma Donna)               | a) "Pate sein" Zusammenarbeit von KGM, diak. Fachdiensten, der Fabi und des EEB für konfessionelle Patenschaften<br>b) "Mentoring"                                   | 10.949,-/Jahr, f. 3 J.<br>11.149,-/Jahr, f. 2 J. | 10.000,-/Jahr   | 3 J.<br>2 J.  | 0,00<br>0,00 | 5.000,00<br>0,00 | 5.000,00<br>0,00 | 0,00<br>0,00 |
| 18.                | Ev.-luth. Titus-Kirchengem. Hannover | Haushaltsberatung durch Ehrenamtliche für Privathaushalte zur Vermeidung von Schulden  | 17.400,- / Jahr                                  | 16.200,-/Jahr   | 3 J.          | 0,00         | 10.400,00        | 12.500,00        | 12.500,00    |
| 19.                | DW Hoya                              | "Fit für Deutschland" - Kooperation Schule - Kita  | 13.344,- / Jahr                                  | 4.376,- / Jahr  | 3 J.          | 0,00         | 3.000,00         | 3.000,00         | 3.000,00     |
| 20.                | DW Gmhütte                           | "DiakoniePlus" Freiwilligenmanagement, Beratung und Begleitung von   | 9.650,-/ Jahr                                    | 8.000,- /Jahr   | 3 J.          | 0,00         | 3.333,00         | 8.000,00         | 8.000,00     |

| Nr.                     | Antragsteller  | Kurzbeschreibung des Projektes   | Gesamtkosten  | Beantragte Mittel                             | Laufzeit      | Bewilligung          |          |          |      |
|-------------------------|--|--|---|---|---------------|----------------------|----------|----------|------|
|                         |  |  |   |   |               | 2007                 | 2008     | 2009     | 2010 |
|                         |  | Familien in problematischen Lebenslagen in Kitas   | (reduziert)   | ab 08/ 2008 (reduziert)                       |               |                      |          |          |      |
| 21.                     | Diakonie gGmbH Melle/Wittlage (Garten- und Landschaftsbau) | Ausbildung lernbehinderter Jugendlicher  | 48.000,-/ Jahr  | 6.000,- /Jahr                                 | 3 J.          |                      |          |          |      |
| 22.                     | IM u. Ev. Hilfswerk Friedland Lagerpfarramt                | Kinderhaus - Sprachförderung   |   |   |               |                      |          |          |      |
| 23.                     | Lukas-Kgm. Osnabrück                                       | Familienzentrum, Stadtteilangebot: Begegnung, Beratung und Bildung (Kurse zur Lebensbewältigung)                     | 40.880,00 €   | 2007: 735 €<br>2008: 6.840 €<br>2009: 4.540 € | 2007-2009     | 500,00               | 6.000,00 | 4.000,00 | 0,00 |
| 24.                     | Johannes-Kgm. Empelde                                      | "Offener Mittagstisch für Jung und Alt"  | jährlich 14.460 € +<br>einmalig 2.500 €<br>= 31.420 € | 13.220,00 €                                   | 9/2007-8/2009 | 7.860,00             | 5.360,00 | 0,00     | 0,00 |
| 25.                     | DW Hittfeld/Winsen   | Gruppe für Jugendliche nach Trennung/Scheidung   | 4.300,00  | 4.060,00                                      | einmalig      |                      |          |          |      |
| <b>3. Pflege</b>        |  |  |   |   |               |                      |          |          |      |
| 26.                     | Diakoniestation Leer gGmbH                                 | Stärkung des evangelischen Profils, Aufbau ehrenamtlicher Bring- und Besuchsdienstes, Aufbau eines Kassettendienstes | 35.300,00   | 10.000,00 €                                   |               | 3.000,00<br>7.000,00 |          |          |      |
| 27.                     | DW Hildesheim-Sarstedt e.V.                                | "Zeitlos" Beratungsangebot für Demenzkranke und ihre pflegenden Angehörige durch Freiwillige                         | 26.000,00   | 2.000,- + 8100,-                              |               |                      |          |          |      |
| 28.                     | Diakoniewerk Osnabrück                                     | Mäeutische Ausbildung der Mitarbeiter in Dementen- wohnheimen  | 20.470,00   | 20.470,00 €                                   | einmalig      |                      |          |          |      |
| <b>4. Spiritualität</b> |  |  |   |   |               |                      |          |          |      |
| 29.                     | Diakonieverb. Buxteh. + Stade                              | Fortbildung f. hauptamtl Mitarbeiter/innen in diak. Einrichtungen der Kirchenkreise Buxtehude u. Stade               | 10.405,-<br>für 2007 - 2009                           | 3.780,-<br>f. 2007 - 2009                     | 2007 - 2009   |                      |          |          |      |
| 30.                     | Ev.-luth. Michaelis-KG Lüneburg                            | Spiritualität in der Diakonie - Projekt "viaduk"   | 11.149,-/Jahr f. 3 J.                                 | 10.000,-/Jahr                                 | 3 J.          | 5.000,00             | 5.000,00 | 0,00     | 0,00 |

|           |           |           |           |
|-----------|-----------|-----------|-----------|
| 93.860,00 | 76.933,00 | 55.640,00 | 23.500,00 |
|-----------|-----------|-----------|-----------|

■ Ablehnung  
■ bewilligt oder in Aussicht gestellt  
 gez. Hackfeld / Siegmann

|                     |
|---------------------|
| <b>2011</b>         |
| 400.000,00          |
| 710.067,00          |
| 6.767,00            |
| <b>1.103.300,00</b> |

|             |
|-------------|
|             |
|             |
| <b>2011</b> |

|      |
|------|
| 0,00 |
|      |
|      |
|      |
| 0,00 |
|      |

|          |
|----------|
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 0,00     |
| 2.100,00 |
| 0,00     |
| 4.667,00 |



|             |
|-------------|
|             |
|             |
| <b>2011</b> |
|             |
|             |
|             |
| 0,00        |
| 0,00        |
|             |

|  |
|--|
|  |
|  |
|  |

|  |
|--|
|  |
|  |

|          |
|----------|
| 6.767,00 |
|----------|